

Nachfolgender Text ist ein Auszug aus dem Buch:

Hollasky, Steve; Ludwig, Claus; Staničić, Sascha:

Brandstifter. AfD. Pegida. Islamhass. Analysen & Gegenstrategien

Im Februar 2018 in Zweiter Auflage beim Manifest Verlag erschienen, 172 Seiten, 12,90 Euro, 978-3-96156-019-6

Überall im Buchhandel erhältlich oder unter: <https://manifest-verlag.de/produkt/steve-hollasky-claus-ludwig-sascha-stanicic-brandstifter/>

Faschismus als Terror gegen die Arbeiterbewegung

Guido Speckmann und Gert Wiegel, Autoren des Buches „Faschismus“ stellen fest, dass im Zuge der Revolte von 1968 der Faschismus-Begriff „inflationär“ verwendet wurde:

„Im Grund diente der Faschismusvorwurf häufig als politisch-moralische schärfere Verurteilung des Kapitalismus.“¹

Dieser These stimmen wir zu. Der Faschismus-Begriff sollte jedoch eine wichtige analytische Kategorie zur Abgrenzung besonderer Formen der Reaktion sein. Die Bezeichnung „Faschist“ für jeden Reaktionärs der rassistische Stimmungen befördert, mag der emotionalen Hygiene von AntifaschistInnen dienlich sein, hilft aber nicht beim Verständnis der verschiedenen Ausprägungen rechter Politik.

Der historische Faschismus in seiner entwickelten Form in Deutschland und Italien – und mit Einschränkungen in Spanien und Portugal – war eine spezielle terroristische Form des Kapitalismus, basierend auf einer Massenmobilisierung des Kleinbürgertums und der Verelendeten zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung, „*begründet auf der Ausrottung aller Elemente proletarischer Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft.*“², wie es der russische Marxist Leo Trotzki formulierte.

„Hier setzt die historische Funktion des Faschismus ein. Er bringt jene Klassen auf die Beine, die sich unmittelbar über das Proletariat erheben und fürchten, in dessen Reihen gestürzt zu werden, organisiert und militarisiert sie unter Deckung des offiziellen Staates mit den Mitteln des Finanzkapitals und treibt sie zur Zertrümmerung der proletarischen Organisationen, der revolutionären wie der gemäßigten.“³

Die Folgen für die Arbeiterbewegung und die Linke, vor allem in Deutschland, dem am stärksten industriell entwickelten Land unter der Knute einer faschistischen Bewegung, waren verheerend und wirken letztendlich bis heute nach. Kein bürgerlich-autoritäres Regime anderer Art, keine Polizei- oder Militärdiktatur hätte die Arbeiterbewegung so grundlegend zerschlagen und das ganze Land auf den imperialistischen Krieg ausrichten können wie die Nazi-Massenbewegung, die in alle Poren der Gesellschaft eindrang, in alle Städte, in alle Viertel und – nach der Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterklasse – auch in die Köpfe von Teilen des Proletariats.

Wenn man darüber diskutiert, ob man es bei einer Organisation mit Faschisten zu tun hat, muss man dies berücksichtigen. Handelt es sich bei dieser oder jener rechtspopulistischen Partei um eine

¹ Speckmann/Wiegel: Basiswissen Faschismus, Köln 2012, Papyrossa-Verlag, S. 110

² Leo Trotzki: Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?, Auswahl aus „Schriften über Deutschland“, Frankfurt 1971, S. 69

³ ebd.

Organisation, die in die Richtung tendiert, eine gewaltsame Massenbewegung zur Unterdrückung und Zerschlagung der Arbeiterbewegung und der politischen Linken aufzubauen oder „nur“ um eine Gruppe ordinärer Rassisten, die sich darauf beschränken, ihr reaktionäres Programm durch Publikationen, parlamentarisches Auftreten und Beteiligung an bürgerlichen Institutionen zu befördern?

Man würde es sich zu einfach machen, diese Frage einfach mit „Ja“ oder „Nein“ zu beantworten. Politische Formationen müssen in ihrer Entwicklung gesehen werden. Wo liegt ihr Ursprung, wohin bewegen sie sich? Ihre Entwicklung vollzieht sich nicht aus sich selbst heraus, sondern auf der Grundlage der ökonomischen und sozialen Widersprüche, die in der Gesellschaft existieren.

Zum 1.1.2017 gab es zumindest in Westeuropa keine Organisation, welche mit Mussolinis Schwarzhemden Anfang der 1920er Jahre oder der NSDAP Ende der 1920er, Anfang der 1930er vergleichbar wäre. Die größeren Organisationen mit massenhafter Wahlunterstützung verzichteten auf den Aufbau von Schlägertruppen und beschränken sich auf bürgerlich-parlamentarische Methoden. Die offenen Nazi-Gruppen sind klein und ohne breitere gesellschaftliche Verankerung. Doch daraus zu folgern, es gäbe keine faschistischen Organisationen, würde bedeuten, die Faschismusdefinition als rein historische Kategorie zu benutzen und sie damit ihrer analytischen Funktion zu berauben.

Der schnelle Aufstieg der Nazi-Organisation *Goldene Morgenröte* in Griechenland im Zuge des sozialen Zerfalls des Landes und die Stärke der paramilitärischen Formationen von *Jobbik* und weiteren Gruppen in Ungarn sind deutliche Hinweise, dass der Faschismus samt seinen terroristischen Elementen keineswegs ein nur von HistorikerInnen zu betrachtendes Phänomen ist.

Eine Reihe von Faktoren, die in den 1930er Jahren zum schnellen Sieg der faschistischen Massenbewegungen führten, existieren heute nicht mehr oder nur in stark veränderter Form. Die Basis der faschistischen Bewegungen waren die Mittelschichten, das Kleinbürgertum, die sich sowohl von den großen Kapitalisten als auch der Arbeiterklasse bedroht fühlten.

Mit Kleinbürgertum meinen wir hier nicht Menschen, die kleinbürgerlich denken, sondern die Zwischenschichten, die weder zu den Lohnabhängigen noch zu den Kapitalisten zählen: Bauern, selbstständige Handwerker, kleine Händler. Diese waren Anfang der 1930er Jahre zahlenmäßig weit stärker. Dazu kamen formell lohnabhängige Zwischenschichten wie Beamte, die damals klarer als heute vom industriellen Proletariat getrennt waren. Vor allem nach dem Börsen-Crash von 1929 und der folgenden schweren wirtschaftlichen Krise wurden immer mehr in Arbeitslosigkeit und Armut geschleudert und verzweifeln. Auch Teile dieser vom Proletariat isolierten Schichten konnten NSDAP und SA erreichen.

Heute bilden die Lohnabhängigen, wir bezeichnen sie unabhängig von ihrer konkreten Tätigkeit in ihrer Gesamtheit als Arbeiterklasse, die eindeutige Mehrheit in der Gesellschaft. Das allein führt noch nicht zu einer Immunität gegen den Faschismus, denn auch Angehörige der Arbeiterklasse können auf faschistische Demagogie hereinfallen. Aber alle Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen, dass es den Faschisten eher schwer fällt, eine stabile Basis innerhalb der Arbeiterklasse aufzubauen. Sobald Teile derselben ihre passive Wartestellung verlassen, in den gemeinsamen sozialen Kampf treten, sich als Klasse spüren, bröckelt die Unterstützung für die Rechten.

Letzter Ausweg für das Kapital

Die grundlegenden Widersprüche des Kapitalismus bestehen weiterhin. Gerade seit Beginn der Finanzkrise 2007 wird die Krisenanfälligkeit dieses Systems samt der daraus resultierenden sozialen

und politischen Verwerfungen deutlich. Offensichtlich ist auch, dass Nationalismus und Rassismus weiter existieren, eine wichtige Rolle spielen und es vermehrt Bewegungen gibt, die sich auf diese Ideologien beziehen und zumindest Elemente faschistischer Ideologie und Methoden beinhalten.

Der Antisemitismus, der für die deutsche Nazi-Bewegung eine so zentrale Rolle spielte, war für die italienischen, spanischen und portugiesischen Faschisten von geringerer Bedeutung. Heute ist die Situation noch einmal verändert. Während der Antisemitismus weiter existiert, ist er nicht mehr die zentrale Form des Rassismus, vor allem nicht für die breite Öffentlichkeitsarbeit. Ob eine rechte Organisation antisemitisch ist oder nicht bzw. ob sie sich öffentlich antisemitisch gibt, ist kein ausschlaggebendes Kriterium für die Frage, inwieweit sie faschistisch ist.

Ein entscheidender Faktor für den Sieg Hitlers und Mussolinis war die Entscheidung des Kapitals in Deutschland und Italien, ihre Klassenherrschaft durch die Machtübergabe an die Faschisten zu retten. Die deutschen Industriekapitäne sahen Hitler als letzte Möglichkeit, ihr tief in die Krise gestürztes kapitalistisches System zu retten – einerseits vor einer drohenden revolutionären Erhebung des Proletariats, andererseits vor den Einschränkungen, welche Sozialdemokratie und Gewerkschaften für den Konkurrenzkampf mit anderen Nationen und den Weg zu einem neuen Krieg zur Aufteilung der Welt bedeuteten.

Die Machtübergabe an die Nazis in Deutschland 1933 war das Ergebnis einer extrem zugespitzten Krise des Kapitalismus. Der zu spät gekommene aber dynamische deutsche Kapitalismus war in der Mitte Europas eingeklemmt und durch die Niederlage im Ersten Weltkrieg von den imperialistischen Konkurrenten gestutzt worden. Die deutschen Konzerne brauchten zur Rettung ihres Systems eine massive Ausweitung der Absatzmärkte und der Eroberung von Rohstoffquellen durch eine aggressive, kriegerische Außenpolitik sowie die Zerschlagung der Arbeiterbewegung im Inneren, um die Löhne massiv zu senken, die gesamte Bevölkerung für die Rüstungsproduktion zu mobilisieren und sich der Gefahr der sozialistischen Revolution ein für alle Mal zu entledigen.

Sie hatten vor Hitler schon verschiedene Methoden genutzt: Das Regime der Notverordnungen unter Kanzler Brüning, gestützt auch von der SPD, welches ähnliche Maßnahmen ohne parlamentarische Beratung durchsetzte wie heute die Troika aus EU, IWF und EZB in Griechenland. Darauf folgten verschiedene autoritäre Regimes unter von Papen, Schleicher und Übergänge zur Militärdiktatur.

Die deutschen Kapitalisten hatten lange gezögert, die NSDAP zu unterstützen. Erst ab Anfang der 1930 Jahre begannen Großindustrielle, Hitler mit Geld auszustatten und beschleunigten somit den Aufstieg seiner Bewegung.

Die Besonderheit des Faschismus im Unterschied zu anderen reaktionären Regimes ist die Mobilisierung der kleinbürgerlichen und subproletarischen Massen und deren terroristische Wendung gegen die Arbeiterbewegung. Um diese Massen in Wallung zu bringen, musste Hitler zu einer „antikapitalistischen“ Rhetorik greifen. Die alten Eliten waren zu Beginn nicht sicher, ob solch eine Bewegung, einmal an der Macht, nicht unter Druck ihrer Basis geraten würde, wirklich antikapitalistische Maßnahmen durchzuführen. Die Führung der Nazi-Bewegung konnte die Kapitalisten jedoch beruhigen, dass ihr System unangetastet bleiben würde.

Hitler hielt seine Zusagen ein. Der Faschismus mobilisierte zwar die kleinbürgerlichen und verelendeten Massen, doch seine Herrschaft bedeutete nicht, dass deren Forderungen und Erwartungen verwirklicht wurden. Der Faschismus zerschlug die Arbeiterbewegung, sowohl ihren revolutionären als auch ihren reformistischen Flügel, atomisierte sie geradezu. Er machte damit den Weg frei zur

vollständigen Durchsetzung der Profitinteressen des Kapitals. Die NSDAP war die einzige Kraft, die dazu Anfang der 1930er in der Lage war. Um die Arbeiterbewegung zu zertrümmern, zu demoralisieren, niedergedrückt zu halten, bedurfte es eines Systems des Massenterrors, bedurfte es SA, SS und Blockwarten, die in jedem Stadtteil, jeder Straße ihre Kontrolle ausübten. Eine Militärdiktatur, lediglich gestützt auf bezahlte Soldaten, hätte die Arbeiterbewegung nicht dermaßen gründlich besiegen können.

Für diese Rettung riskierten die Kapitalisten die Übergabe der politischen Macht an eine Bewegung, die sie weit weniger kontrollieren konnten als ein parlamentarisches System samt normalen bürgerlichen Parteien. Die Kapitalisten bezahlten einen hohen Preis für die Rettung ihres Systems. Sie mussten Abenteurern die Macht überlassen, weil nur diese Abenteurer und Rassenfanatiker den Krieg organisieren konnten. Aber die faschistischen Hasardeure erwiesen sich als unfähig umzuschwenken, als sich ab 1943 die Niederlage im Zweifrontenkrieg abzeichnete. Sie führten den deutschen Kapitalismus in den „Untergang“ von 1945 und schwächten die herrschende Klasse hierzulande für eine ganze historische Periode. Allerdings blieb die Herrschaft des Kapitals durch die Westintegration der BRD letztendlich erhalten.

Aus dem Desaster des verlorenen Weltkrieges haben die herrschenden Klassen weltweit Lehren gezogen. Der Faschismus hat sich als eine extrem gefährliche und unberechenbare Herrschaftsform erwiesen. Weder die Spitzen der Politik noch die wirtschaftlich Herrschenden, die Vertreter der Banken und Konzerne, haben in der jetzigen Periode Interesse an einer unkontrolliert agierenden und wachsenden faschistischen Bewegung. Das Kapital zieht es prinzipiell vor, nicht mit einer offenen Diktatur, sondern vermittels der Parteien und des Parlamentes zu herrschen. Alle bürgerlichen Parteien bedienen durch ihre materielle und ideologische Einbindung in das parlamentarische System und den Staatsapparat die Kapitalinteressen.

Diese Regierungsform ermöglicht es der herrschenden Klasse, aufkommende Kritik früh zu erkennen und beinhaltet die Möglichkeit, diese in für die Aufrechterhaltung der Herrschaft ungefährliche Bahnen zu lenken. Erst wenn die sozialen Widersprüche zunehmen, unversöhnlich werden, die Menschen sich nicht mit der kleinen Zugeständnissen und Propaganda abgeben, verliert die parlamentarische Herrschaftsform ihre Vorteile für das Kapital. In solchen Phasen werden autoritäre Herrschaftsformen – zum Beispiel Militär- oder Polizeiregimes – für die herrschende Klasse interessant.

Es ist daher nicht die jetzige Aufgabe faschistischer Organisationen, sich auf ihre Machtergreifung vorzubereiten. Seitens der herrschenden Klasse ist ihnen die Aufgabe einer Hilfstuppe zugeordnet. Die Perspektive einer neuen Nazi-Herrschaft in Europa wäre nur im Zusammenhang mit schweren Niederlagen der organisierten Arbeiterbewegung und einem gesellschaftlichen Verfall im Zuge eines langanhaltenden ökonomischen Niedergangs denkbar. Dies ist nicht auszuschließen, aber es ist keine kurzfristige Perspektive für die nächsten Jahre.

Zu diesem Schluss kommen auch Speckmann/Wiegel:

„Wenn es richtig ist, dass der Faschismus nur im Bündnis mit den alten Eliten und in einer spezifischen politischen und ökonomischen Situation zur Macht gelangen kann, so ist keine dieser Voraussetzungen gegeben.“⁴

Dazu kommt, dass die Klassenherrschaft des Kapitals heute weniger akut bedroht ist als in 1930er Jahren. Zwar haben sich in nahezu allen Sektoren der Welt stärkere Klassenauseinandersetzungen entwickelt. Heute käme kaum jemand auf die Idee, vom „Ende der Geschichte“ zu reden wie während

⁴ Speckmann/Wiegel: Basiswissen Faschismus, Köln 2012, Papyrossa-Verlag, S. 118

des Triumphes der frühen 1990er Jahre, als der Kapitalismus als einzig machbares System gepriesen wurde. Doch die Entwicklung eines neuen sozialistischen Bewusstseins ist ein in die Länge gezogener Prozess.

In Griechenland, wo die sozialen Kämpfe lang anhaltender und intensiver sind, hat sich das Verhältnis von Teilen der herrschenden Klasse und vor allem von Teilen des Staatsapparates zu den Faschisten schon etwas gewandelt. Die offenen Nazis von *Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte)* wurden und werden von einer Reihe von Unternehmern gefördert. Auch dort droht kurzfristig kein Faschismus an der Macht, aber ohne Zweifel ist der Stellenwert der Faschisten gewachsen, vor allem ihr Gebrauchswert für die Herrschenden.

Mit dem Mord an dem linken Rapper Pavlos Fyssas im September 2013 waren die Nazis jedoch aus Sicht des kapitalistischen Staates zu weit gegangen, auch weil sie eine massive antifaschistische Gegenbewegung ausgelöst hatten. In Athen demonstrierten 50.000 Menschen. *Chrysi Avgi* hat seitdem stärkere staatliche Repression erfahren. Bei Wahlen konnte sie die Stimmenanteile halten, aber ihr Aufstieg wurde zunächst abgebremst. Der Parteichef, weitere führende Mitglieder und Abgeordnete wurden nach dem Mord an Fyssas inhaftiert, ein Prozess gegen 73 Parteimitglieder hat 2015 begonnen, ihnen wird die „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ vorgeworfen.

Kettenhunde des Staates

Auch ohne die Perspektive einer faschistischen Machtergreifung gehen heute akute Gefahren von den Faschisten aus. Ihre rassistische Propaganda, das Markieren von Sündenböcken auf kultureller, religiöser, nationaler oder kultureller Grundlage, spaltet die arbeitenden Menschen, vernebelt soziale und ökonomische Ursachen von Problemen, vergiftet die Gesellschaft. Allerdings ist dies keine Spezialität faschistischer Organisationen, sondern auch rechtspopulistische, liberale, konservative und sozialdemokratische Parteien nutzen die Strategie des „teile und herrsche“.

Bei den Faschisten kommt im Unterschied zu den Rechtspopulisten hinzu, dass sie ihre Propaganda mit konkreten Taten verbinden und auf physische Gewalt gegen politische Gegner und die Arbeiterbewegung setzen, sei es durch Gewalt auf der Straße und Schlägereien oder durch terroristische Anschläge. Der Widerstand dagegen kostet die Linke Energien und Ressourcen, die auch an anderen Fronten gebraucht werden, ist aber notwendig. Wenn es den Faschisten gelingt, AktivistInnen der Arbeiterbewegung und Linke durch Androhung und Umsetzung von Gewalt einzuschüchtern, werden diese politisch aus dem Spiel genommen und können keine Rolle bei der Entwicklung sozialer Kämpfe und politischer Alternativen zu den Establishment-Parteien spielen.

Kommt es zu einer Zuspitzung sozialer Konflikte, kann der von Faschisten ausgeübte Terror eine zentrale Rolle bei der Abschaffung demokratischer Rechte spielen. Ihre meist anonym verübten Anschläge tragen zu Destabilisierung und Angst bei und dienen als Vorwand, erst für die Verschärfung der staatlichen Repression und die Einschränkung der demokratischen Rechte und später zur Abschaffung derselben durch eine offene Diktatur, zum Beispiel des Militärs. In Italien wurde dieses Vorgehen rechter Terroristen Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre „Strategie der Spannung“ genannt.

Eine besondere Rolle war den Faschisten zu Zeiten der Konfrontation mit der Sowjetunion zugeordnet. Mit *Gladio* (= *Schwert*) hatte die NATO eine paramilitärische Geheimorganisation geschaffen, die auf

Sabotage und Terror vorbereitet wurde, angeblich für den Fall einer Invasion Westeuropas durch die Truppen des Warschauer Paktes.

Gladio wurde in allen NATO-Staaten aufgebaut. Die Mitglieder rekrutierten sich aus militärischen Spezialeinheiten, Geheimdienstlern und Angehörigen faschistischer Organisationen. Die tatsächliche Arbeit von *Gladio* hatte wenig mit der Gefahr einer sowjetischen Invasion zu tun. Stattdessen war das Netzwerk für Terroranschläge verantwortlich.

In Italien spitzten sich Ende der 1960er Jahre die Klassenkämpfe zu, Millionen ArbeiterInnen und Jugendliche organisierten sich in linken Gruppen, Streiks eskalierten. Die herrschende Klasse Italiens setzte auf die „Strategie der Spannung“, auf die Eskalation von Terror, um Ängste zu verbreiten und autoritäre Maßnahmen gegen die Linke zu rechtfertigen. Ab 1969 erschütterten mehrere schwere Terroranschläge das Land. Beim Anschlag auf der Piazza Fontana in Milano starben im Dezember 1969 17 Menschen, beim Bombenanschlag auf den Mailänder Hauptbahnhof 80 Menschen. Bekennerschreiben für diesen Massenterror gab es nicht, wegen des Anschlages in Milano ermittelte die Polizei gegen Linke.

Inzwischen ist bewiesen, dass die Anschläge durch rechtsterroristische Gruppen wie *Ordine Nuovo* (= *Neue Ordnung*) in Verbindung mit der Geheimloge P2, welche bis in höchste staatliche Stellen reichte, geplant und durchgeführt wurden. Der Rechtsterrorist Vincenzo Vinciguerra erklärte die Strategie:

„Man musste Zivilisten angreifen, Männer, Frauen, Kinder, unschuldige Menschen, unbekannte Menschen, die weit weg vom politischen Spiel waren. Der Grund dafür war einfach. Die Anschläge sollten das italienische Volk dazu bringen, den Staat um größere Sicherheit zu bitten. (...) Diese politische Logik liegt all den Massakern und Terroranschlägen zu Grunde, welche ohne richterliches Urteil bleiben, weil der Staat sich ja nicht selber verurteilen kann.“⁵

Ein Zusammenhang deutscher Ableger des *Gladio*-Netzwerks mit dem Anschlag auf das Münchener Oktoberfest konnte nicht bewiesen werden, allerdings gab es Verbindungen des Attentäters Gundolf Köhler zum Faschisten Heinz Lembke, dessen umfangreiche Waffendepots – unter anderem 14.000 Schuss Munition, fünfzig Panzerfäuste und 156 kg Sprengstoff in moderner Qualität – nach Auffassung mehrerer Journalisten auf eine Verbindung zu *Gladio* hindeuteten. Lembke erhängte sich einen Tag vor seiner Vernehmung in seiner Gefängniszelle, am 1.11.1981 und wurde im Nachhinein als „Einzeltäter“ bezeichnet. 2014 wurden die Ermittlungen zum Oktoberfest-Attentat wieder aufgenommen, weil neue Zeugenaussagen vorlagen. Es sollten neue Zeugen befragt werden, es gäbe Hinweise auf bisher unbekannte Mitwisser. *Bundesnachrichtendienst (BND)* und *Bundesamt für Verfassungsschutz (VS)* wurden aufgefordert, die Akten dem Generalbundesanwalt zur Verfügung zu stellen. Der VS ist diesem Ansinnen bis April 2016 nicht nachgekommen.

Die türkischen Faschisten der *Grauen Wölfe* trugen durch ihren Terror zur Destabilisierung der Türkei Ende der 1970er Jahre bei und dienten damit zur Rechtfertigung des Militärputsches vom 12. September 1980, den die Generäle damit begründeten, „Ruhe und Ordnung“ wiederherzustellen. Ihre Hilfe beim Vorgehen gegen Linke und Arbeiterbewegung wurde den Faschisten jedoch nicht gedankt, das Militär wies sie in die Schranken. In der Türkei herrschte ab 1980 kein Faschismus, sondern eine „normale“ kapitalistische Militärdiktatur. Ebenso in Chile 1973, wo auch im Vorfeld des Putsches faschistische Gruppen aktiv waren, aber von den Generälen verboten wurden, nachdem sie ihre

⁵ Zitiert nach: <http://de.wikipedia.org/wiki/Gladio>

Aufgabe erfüllt hatten. Diese Funktion als Kettenhunde des Kapitalismus hatten und haben die Nazis auch in Deutschland.

Um an dieser Stelle kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Die rechten Diktaturen in der Türkei, Chile, Argentinien, Indonesien und vielen anderen Ländern waren brutal, grausam. Zehntausende ArbeiterInnen und Linke wurden ermordet, im Fall Indonesiens weit mehr. Die Generäle hatten von den Nazis gelernt, verwendeten zum Beispiel deren Foltermethoden. Tatsächlich hilft es jedoch nicht, diese Regime als „faschistisch“ zu definieren, denn der Faschismus ist eine besondere Herrschaftsform des Kapitals, der durch seine Massenmobilisierung der enthemmten Kleinbürger und Subproletarier in der Lage ist, die Arbeiterbewegung tiefer und lang anhaltender zu vernichten, als es jede noch so blutige Militärdiktatur kann.

Auch wenn Faschisten „nur“ als Kettenhunde des Kapitalismus agieren, die seitens der herrschenden Klasse und des Staates weit kürzer gehalten werden als ihre historischen Vorbilder, so stellen sie auch heute eine besondere Gefahr dar, auf welche die Linke und die Arbeiterbewegung speziell reagieren müssen. Daher ist auch die Frage relevant, ob es sich bei einer Organisation um eine rechtspopulistische oder faschistische Organisation handelt bzw. die Frage, wohin sich eine rechte Organisation entwickelt.

Robert Paxton, emeritierter Professor an der Columbia-Universität New York, wird in der neueren Faschismus-Debatte häufig zitiert. In seinem Werk „Anatomie des Faschismus“ hat er nicht nur den Faschismus an der Macht analysiert, sondern auch die Entwicklungsstufen faschistischer Bewegungen.

Er definiert Faschismus

„als eine Form des politischen Verhaltens, das gekennzeichnet ist durch eine obsessive Beschäftigung mit Niedergang, Demütigung und Opferrolle einer Gemeinschaft und durch kompensatorische Kulte der Einheit, Stärke und Reinheit, wobei eine massenbasierte Partei von entschlossenen nationalistischen Aktivisten in unbequemer, aber effektiver Zusammenarbeit mit traditionellen Eliten demokratische Freiheiten aufgibt und mittels einer als erlösend verklärten Gewalt und ohne ethische oder gesetzliche Beschränkungen Ziele der inneren Säuberung und äußeren Expansion verfolgt.“⁶

In diesem etwas sperrigen Zitat fehlt eine Klassenanalyse des Faschismus, wie sie aus sozialistischer Sicht zentral ist, aber dennoch ist es gehaltvoller als viele andere bürgerliche Versuche der Faschismus-Analyse oder die offizielle Definition stalinistischer Prägung, welche zwar den Faschismus als „*die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals*“⁷ benennt, aber der faschistischen Massenbasis als entscheidenden Unterschied zu anderen Formen bürgerlicher Diktatur keinen entsprechenden Stellenwert einräumt.

In Paxtons Analyse finden wir sowohl die Berührungspunkte der Rechtspopulisten zum Faschismus – Stichworte „*Opferrolle*“, „*kompensatorische Kulte der Reinheit*“ – aber auch die Unterschiede bezüglich der Massenbasis und der Rolle der Gewalt.

Die Frage, ob eine Organisation als faschistisch zu definieren ist, muss aus dem historischen Kontext der 1930er Jahre gelöst und auf die heutige Situation bezogen konkretisiert werden. Wir befinden uns in einer Phase der sozialen Auseinandersetzungen, in denen sich Faschisten nicht auf eine

⁶ Zitiert nach Speckmann/Wiegel: Basiswissen Faschismus, Köln 2012, Papyrossa-Verlag, S. 56

⁷ Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale, <http://www.marxists.org/deutsch/referenz/dimitroff/1935/bericht/ch1.htm#s1>

Machtergreifung vorbereiten. Daher unterscheidet sich die jetzige Periode von den 1920er und 1930er Jahren. Wir wollen im Folgenden versuchen, einige Kriterien für eine Definition des modernen Faschismus zu entwickeln.

Wir stellen eine „Faschismus-Checkliste“ auf, bezogen auf die aktuelle Phase von Krisenprozessen und sozialen Auseinandersetzungen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die gesellschaftlichen Widersprüche und vor allem die Einbeziehung der Masse der Menschen in politischen Auseinandersetzungen sich auf einem Niveau befinden, welches nicht mit den Verhältnissen in den 1930er Jahren zu vergleichen ist. Das heißt, dass sich sämtliche oppositionellen, radikalen Bewegungen noch in einem Anfangsstadium befinden, das nicht vergleichbar ist mit den Jahren der Weimarer Republik. Daher sind viele Elemente faschistischer Politik auch nur im embryonalen Zustand zu beobachten und noch nicht in entwickelter Form.

Wir hatten bereits oben ausgeführt, dass es darum geht, Prozesse zu analysieren und Momentaufnahmen nur begrenzte Aussagekraft haben. Die Checkliste stellt daher lediglich eine Annäherung dar. Allerdings können wir ohne Momentaufnahmen auch die Entwicklung nicht diskutieren.

Soziale Demagogie

Eine „populistische“ Programmatik zu sozialen Fragen ist ein wichtiger Bestandteil faschistischer Methodik. Um sich darauf vorzubereiten, eine Massenbasis aufzubauen, ist es für faschistische Gruppen unerlässlich, sich als Interessenvertreter für enttäuschte ArbeiterInnen, Erwerbslose und vom Abstieg bedrohte Mittelschichten zu gerieren. Ohne eine Verknüpfung der sozialen mit nationalen Fragen („*Das eigene Volk zuerst*“, *Vlaams Belang*) droht den Rechten, dass sie aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwinden und die ProtestwählerInnen nach links abwandern, wenn die sozialen Fragen in den Vordergrund rücken. Faschisten haben immer „Sozialneid“ gegen die Reichen mit Wohlstandschauvinismus gegen die noch Ärmeren verbunden. Insofern ist die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Rechten immer widersprüchlich. Ein dezidiert neoliberales Wirtschaftsprogramm, wie es zum Beispiel die norwegische *Fremdskritsspartiet* vertritt, begrenzt jedoch eindeutig deren Möglichkeiten, in Zeiten sozialer Polarisierung eine Massenbasis aufzubauen.

Nazi-Kader

Das Vorhandensein einer Gruppe von Menschen in der Partei, die ihr Handwerk in Nazi-Gruppen gelernt hat oder etablierte Kontakte zu Nazi-Gruppen außerhalb der Partei wären weitere Hinweise auf den faschistischen Charakter einer Organisation. Ohne diesen Kader ist ein Schwenk zur Anwendung faschistischer Methoden schwer vorstellbar. Eine Partei, die ausschließlich aus ehemaligen Konservativen oder Liberalen, meist älteren Leuten, besteht, die nie etwas Anderes gelernt haben, als den Alltag bürgerlicher Politik, wäre ein Hinweis darauf, dass diese Gruppe schwer als faschistisch zu definieren wäre. Bei aller Ähnlichkeit in der Propaganda wird hier der Unterschied zwischen der vor allem in Berlin basierten Partei *Die Freiheit* einerseits und *Pro Köln/Pro NRW* andererseits deutlich. *Die Freiheit* war unter dem Strich eine Abspaltung rechter CDUler ohne echte Nazis, die Pro-Gruppierung verfügt sowohl über eine Nazi-Kader-Kontinuität als auch über Anknüpfungspunkte zu heute aktiven Schlägertruppen.

Straßenaktivitäten

Vor allem Aufmärsche, die aufgrund ihres provokanten Charakters zu Gegenwehr führen, untermauern den faschistischen Anspruch, „die Straße zu erobern“. Eine wirkliche Straßenpräsenz von extremen Rechten ist heute in Deutschland nur in einzelnen Städten und Landkreisen gegeben. Oft geht es bei Aufmärschen lediglich darum, die Straße symbolisch zu „erobern“. Auch sind rechte Parteien heute kaum in der Lage, wirkliche „Bürgerwehren“ aufzustellen, doch auch bei der leeren Drohung mit „Bürgerwehren“ geht es um den Anspruch, aktivistisch und „wehrhaft“ zu sein und somit zu untermauern, sich nicht ewig auf die parlamentarischen Methoden zu beschränken. Während die *Dänische Volkspartei* und die niederländische *Partei für die Freiheit* eine rabiante und menschenverachtende Propaganda gegen „den Islam“ entfalten, verzichten sie weitgehend auf eine Präsenz außerhalb von Parlament und Medien und machen keine ernsthaften Versuche, eine Bewegung auf der Straße aufzubauen. Die *English Defence League* hat hingegen, obwohl sie sich nicht auf die Nazi-Tradition bezieht, die faschistischen Methoden des Kampfes um die Straße zu ihrem Kerngeschäft gemacht.

Die Ideologie der Hooligan-Vereinigung HoGeSa ist diffus. Bei den Aufmärschen seit 2014 sind viele Nazis mitmarschiert, aber auch Hooligans, die sich nicht als Nazis verorten würden. Ihre Taktik, jede Gelegenheit zu nutzen, die Straße zu „erobern“ und den politischen Gegner physisch zu attackieren, verweist auf den faschistischen Charakter. Allerdings könnte HoGeSa kaum alleine agieren, sondern könnte von strategisch denkenden Gruppen als Fußtruppe – mit einer gewissen Unzuverlässigkeit – genutzt werden. HoGeSa lässt sich als faschistische Vorfeldorganisation definieren.

PEGIDA in Dresden ist ein Grenzgänger. Rechtspopulistische und faschistische Elemente sind bei PEGIDA vermischt. Die Mehrheit dürfte einem rechtspopulistisch inspirierten Gemisch von Ideen anhängen. Durch die starke Betonung der Straßenaktivität wurden allerdings faschistische Elemente angezogen und große Teile der DemonstrantInnen radikalisiert. Von PEGIDA-Demonstrationen gehen immer wieder gewaltsame Übergriffe auf JournalistInnen, MigrantInnen oder politische GegnerInnen aus, die von einem großen Teil der TeilnehmerInnen gut geheißt oder geduldet werden. Nazis und Rechtspopulisten liefern sich bei PEGIDA einen Wettstreit der Ideen und Methoden, aber koexistieren auch. Bei PEGIDA handelt es sich nicht um wöchentliche Nazi-Aufmärsche, aber die faschistischen Elemente haben eine relativ große Bedeutung.

Schlägertruppen

Die Bereitschaft zur Anwendung physischer Gewalt und letztendlich zum Terror gegen den politischen Gegner ist ein zentrales Element von faschistischen Organisationen und grenzt diese von „nur“ rechtspopulistischen Gruppen ab. Besonders bei diesem Kriterium gilt jedoch, dass die politische Polarisierung noch nicht soweit fortgeschritten ist wie in den 1930er Jahren. Für Nazi-Kleinparteien wie die NPD und *Die Rechte* und ihre Pendanten in den Nachbarländern spielt der Straßenterror schon heute eine entscheidende Rolle. *Die Rechte* hat sich den Dortmunder Stadtteil Dorstfeld ausgesucht, um beispielhaft die Straße zu erobern, indem jedes Erscheinen des politischen Gegners mit Gewalt beantwortet wird.

In größerem Maßstab zeigen *Goldene Morgenröte* in Griechenland und *Jobbik* in Ungarn, wie die Anfänge einer heutigen SA aussehen können. Die griechischen Nazis haben pogromartige Angriffe auf

migrantische StraßenhändlerInnen und Flüchtlinge durchgeführt, *Jobbik* marschiert in Roma-Gemeinden auf wie eine !Quasi-Staatsmacht.

Nicht immer sind rechte Schläger Teil von Parteien, sie wurden auch als „rent-a-mob“ von rechten Parteien eingesetzt, als „Security“, um sich bei Bedarf auch von ihnen distanzieren zu können. Das allein macht eine Organisation noch nicht zu einer faschistischen Partei. Erst die Bereitschaft, diese Gewalt dauerhaft und umfassend einzusetzen, wäre ein eindeutiges Kriterium.

Paranoia

Die Beförderung von Verfolgungswahn, heute meist in Form der kurz bevorstehenden vollständigen „Islamisierung“ Europas ist offensichtlich kein Kriterium, um Faschisten von Rechtspopulisten zu unterscheiden. Auch Teile der CDU befördern den anti-islamischen Wahn, ebenso tatsächliche oder selbsternannte Demokraten und Liberale wie Hendryk M. Broder, die *Emma*-Herausgeberin Alice Schwarzer und die iranische Ex-Linke Mina Ahadi vom *Zentralrat der Ex-Muslime*. Allerdings ist das Heraufbeschwören einer drohenden Katastrophe für das „*eigene Volk*“, sei es durch „*die jüdische Weltverschwörung*“ oder den „*islamischen Geburten-Dschihad*“ weiterhin ein wichtiger Bestandteil faschistischer Ideologie. Rechte Parteien, die ihren Verfolgungswahn ablegen und zwar weiterhin reaktionär, aber überwiegend sachlich, ohne die Ethnisierung und Kulturalisierung aller Fragen, diskutieren, sind tendenziell auf dem Weg in das bürgerliche Establishment.

Flexibler Rassismus

Während die Feindschaft gegen die Muslime auch in den nächsten Jahren ein wichtiger ideologischer Joker der Rassisten sein wird, muss eine rechte Truppe, die jederzeit in der Lage sein will, in die gesellschaftlichen Debatten ethnisch spaltend einzugreifen, flexibler sein. Die Zuweisung der Sündenbock-Rolle auch an andere Gruppen von MigrantInnen muss der eigenen Basis und der Wählerschaft vermittelbar sein. Auch das macht noch keinen zum Faschisten, schließlich ist auch die bürgerliche Presse mit ihren Schlagzeilen über „faule Griechen“, „Roma-Klaukids“ und „Ansturm von Banden aus Osteuropa“ nicht wählerisch bei der Anwendung rassistischer Spaltung. Andersrum wird ein Schuh daraus: Eine Organisation, die sich einzig und allein auf „den Islam“ einschießt, kann sich selbst aus dem politischen Geschäft nehmen, wenn die möglichen Spaltungslinien anders verlaufen. In Einwanderungsländern wie in Westeuropa muss eine faschistische Organisation notwendigerweise auch rassistisch sein.

Eine feste Schablone kann diese Checkliste nicht sein. Viele der Kriterien treffen zum Beispiel auf die FPÖ zu. Sie werden allerdings von anderen Faktoren teilweise überlagert. Die FPÖ ist stark in die bürgerlich-parlamentarische Politik eingebunden, ihre Wählerschaft ist gemäßigter, ihre massenhafte Wahlunterstützung basiert nicht zuletzt auf dem Fehlen einer linken Alternative in Österreich. Es wäre ein Irrtum, die FPÖ heute als faschistische Partei zu definieren. Dass sie sich zur Gänze in diese Richtung entwickelt, ist nicht wahrscheinlich. Bei der Pro-Gruppierung, die sich nach außen wie eine deutsche FPÖ-Variante gibt, waren diese Faktoren hingegen dominanter und nicht von anderen überlagert, auch wenn der „Kampf um die Straße“ eher symbolisch geführt und die faschistische Kader-Decke immer sehr dünn war.

Die menschenverachtende und geradezu kriegslüsterne Propaganda der *Dänischen Volkspartei* gegen „den Islam“ allein macht diese noch nicht zu einer faschistischen Organisation, auch hier scheint eine kurzfristige Umwandlung der Partei in diese Richtung unwahrscheinlich.

Das heißt keineswegs, dass die dänische DF oder die holländische PVV ungefährlich sind. Sie sind Schreibtischtäter, vergiften das Klima, legitimieren rabiaten Rassismus, sie heizen die Stimmung auf und bereiten den Boden dafür, dass potenzielle Gewalttäter und Terroristen die Paranoia ernst nehmen und diesen irgendwann die Worte allein nicht mehr reichen. Die daraus entstehende rechte Gewalt wiederum kann in Zeiten zugespitzter sozialer Konflikte zur Legitimation autoritärer Maßnahmen seitens des Kapitals und der Regierung, zur Einführung polizeistaatlicher Elemente führen. Allerdings ist davon auszugehen, dass es nicht diese Organisationen in ihrer Gesamtheit sein werden, die selber faschistische Methoden anwenden werden.